

Die Ideen von 1914 und die Folgen

Die Identifizierung des Militarismus mit dem Staatssozialismus ist übrigens nicht erst im I. Weltkrieg aufgetreten, insofern war sie nicht einmal neu. Neu daran war nur, daß sie spätestens seit 1914 von der SPD akzeptiert wurde. Als etwa 1887 das Werk von Gustav Tuche erschien, für den – nach Karl Kautsky – der Militarismus „der einzig wahre *nationale* und zivilisierte *Sozialismus* war, gegenüber dem vaterlandslosen und barbarischen Sozialismus der Sozialdemokratie“, da wurde dies von der letzteren noch energisch zurückgewiesen.⁸⁵

Eine Generation zuvor hatte Tuche also schon den preußischen Militarismus für einen solchen Segen erklärt, daß man ihn bloß „total“ durchzuführen brauche, um auch die soziale Frage zu lösen. Vorausgesetzt – so wandte Kautsky damals ein – man scheute sich nicht davor, Europa in ein System von Kasernen zu verwandeln!

Beim Ausbruch des I. Weltkrieges aber erfüllte sich auch an der deutschen Sozialdemokratie die Voraussage Eduard Bernsteins aus seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ von 1899, auf die man sich 1915 berief: „Im weiteren Verlaufe wird *das Nationale* so gut *sozialistisch* sein wie das *Munizipale*. Nennen sich doch schon heute *Sozialisten* demokratischer Staatswesen gern *Nationalisten*.“⁸⁶

So wurde die Mehrheitssozialdemokratie, welche sich mit dieser Begründung auf den Boden der Landesverteidigung und der Bewilligung der Kriegskredite, vor allem aber auf den des „Kriegssozialismus“ stellte, vor *der Weltgeschichte die erste nationalsozialistische Partei!* Und es war kein Zufall, daß Anton Fendrich zu jenen gehörte, die diesen mehrheitssozialdemokratischen Nationalsozialismus begründeten:

„Um in der Zeit der schwersten Prüfung der Nation bestehen zu können, mußte *der Sozialismus national*, die Regierung der Nation aber auch sozialistisch empfinden und handeln lernen ... Eine der großen Schlagadern des neuen Volksorganismus aber wird der *Sozialismus* sein, den *in seinen Anfängen* ein deutsches Gewerkschaftsblatt mit Recht *jetzt schon in einer Reihe von staatlichen Maßnahmen während des Krieges* erblickt ... Als gewaltige Reformpartei wird die *Sozial-*

demokratie innerhalb des staatlichen Organismus in den nächsten Jahren *nationale Arbeiterpolitik* treiben.“⁸⁷

Am 15. April 1915 erschien das erste – und einzige! – Heft der Zeitschrift des Spartakusbundes „die Internationale“, an der Spitze ein Aufsatz von Rosa Luxemburg, mit weiteren Beiträgen von Mehring, Thalheimer, Zetkin usw. In einem Bericht aus der preußischen Landtagsfraktion der SPD schreibt dort Heinrich Ströbel unter dem 17. März 1915:

„Daß die Geister sich scheiden, und *der neue Geist des nationalen Sozialismus* (man kann auch sagen *National-Sozialismus*, denn Pastor Naumann hat nie ein anderes Programm vertreten und Lensch hat den ehemaligen Nationalsozialen Rohrbach trefflich vulgarisiert) sich so unverhohlen bekundete, ist hocheifrig. Denn nach der Rückkehr normaler Zeiten wird sich die Partei in der Tat gründlichst mit den Irrungen und Wirrungen auseinander zu setzen haben.“⁸⁸

Die letzten Konsequenzen aus den nationalsozialistischen Tendenzen innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie hat u. a. August Winnig gezogen, der später tatsächlich zur NSDAP übertrat. Es war aber das regelmäßige Jahrbuch einer freien Gewerkschaft, nämlich des Deutschen Bauarbeiterverbandes für 1914, in dem er seine Gedanken veröffentlichen durfte. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes identifizierte sich aber nicht nur mit diesen Gedanken, „auf die sich unsere Stellung (zum Kriege, W. H.) gründet“, sondern er ließ sogar einen Sonderdruck davon herstellen, weil das Jahrbuch nur einen kleinen Personenkreis erreichte. August Winnig vertrat also im Frühjahr 1915 folgende Gedanken über den I. Weltkrieg: staatssozialistische Maßnahmen wie die Verstaatlichung großer Produktionszweige lägen nicht mehr im Bereiche des Unfaßbaren und Unmöglichen, seitdem der Staat im Kriege begonnen habe, Getreidevorräte zu beschlagnahmen, den Brotverbrauch zu regeln, ein Stickstoffmonopol zu schaffen usw. Die Kriegsnot habe eben die Staatsmänner zu Eingriffen gezwungen, „die in der Richtung der Sozialisierung des Wirtschaftslebens liegen.“ Ohne die Massen des Proletariats könne heute kein Krieg organisiert und gegen sie keine Politik mehr gemacht werden; sie mußten also durch ihre Organisationen an der Leitung und Verwaltung des öffentlichen Wesens teilnehmen: „Es ist das Verdienst der aufbauenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, die durch ihr wirtschaft-

liches und politisches Wirken jene *Elemente eines neuen Deutschlandumschufens*, in denen die Masse heute *das* Stück deutscher Zukunft sieht, das ihr den Geist und die Kraft zum Durchhalten verleiht.“

Damit waren die aus dem proletarischen Klassenkampf entstandenen Arbeiterorganisationen nicht nur zu Partnern des kaiserlichen Staates, sondern auch zu den wichtigsten Säulen der Kriegswirtschaft erklärt worden. Das bedeutet die Antizipation der späteren „Arbeitsfront“ im „Dritten Reiche“. Ferner erklärte Winnig, daß es nach außen keine „Zweiheit“, d.h. keine Trennung zwischen Proletariat und Volk bzw. Staat geben könne: „Das Schicksal Deutschlands ist auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.“ In diesem Kriege habe es sich ja erwiesen, daß dort, „wo die nationale Selbständigkeit und die ökonomischen Lebensinteressen der Nation auf dem Spiele stehen, die *nationale Solidarität* der internationalen vorausgeht.“ Im Hinblick auf die ökonomischen Lebensinteressen der Nation geht Winnig bis zur Unterstützung der imperialistischen Politik: die Arbeiterschaft könne den Imperialismus weder einfach verneinen noch „bekämpfen“, da er eine unaufhaltsame Entwicklungsstufe und die historische Voraussetzung des Sozialismus sei.

„Wir müssen durch die Oberstufe des Kapitalismus, eben den Imperialismus, ebenso zwangsmäßig hindurch, wie wir durch den Kapitalismus im ganzen hindurch müssen. ... In einem Kampfe gegen den Imperialismus mit dem Ziele, ihn unmöglich zu machen, ... in einem solchen Kampfe kann die Politik der Arbeiterklasse niemals bestehen... *Sie kann sich also nicht grundsätzlich der imperialistischen Entwicklung in den Weg stellen*, denn diese wird ... von starken, ja zwingenden volkswirtschaftlichen Bedürfnissen getragen.“⁸⁹

Es ist bekannt, daß in den ersten Monaten des Jahres 1933 durchaus die Möglichkeit einer neuen Spaltung der SPD bestand und daß Tendenzen beobachtet werden konnten, die kommunistischen und marxistischen Elemente der Partei abzustößeln, sich erneut als „Mehrheitssozialdemokratie“ zu konstituieren und gemeinsam mit der „Harzburger Front“ sich der NSDAP, „um Schlimmeres zu verhüten“, zur Verfügung zu stellen. Damals erhielten Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes noch von Göring die Reisemöglichkeit, um im Ausland den Veröffentlichungen der außerdeutschen Presse über die Nazi-Greuel entgegenzutreten, und dazu wurden sie nicht einmal ge-

zwungen. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 17. Mai 1933 für die nationalsozialistische Erklärung zur Außenpolitik gestimmt hat, anstatt sie als bloßes Propagandamanöver zu demaskieren. Wahrscheinlich wäre Paul Löbe der Führer dieser neuen Mehrheitssozialdemokratie geworden, wie Ebert derjenige der alten von 1914 bis 1921, jedenfalls schreibt Evelyn Anderson in ihrem 1945 in London erschienenen Buche:

„Ein Teil der Reichstagsfraktion der Partei, geführt von Paul Löbe, dem Präsidenten des Reichstages, machte Konzession auf Konzession an das neue Regime, in der vergeblichen Hoffnung, daß Hitler die Unterwerfung mit der Anerkennung eines Unterschiedes zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Sozialdemokraten und der Tolerierung der ‚guten‘ belohnen würde.“⁹⁰

Es lag nicht an diesen „Mehrheitssozialdemokraten“ von 1933, wenn sie nicht dazu kamen, die Rolle ihrer geschichtlichen Vorläufer zu rekapitulieren; die Konsequenz der Nazis machte einen dicken Strich durch ihre klugen, staatsmännischen Kalkulationen. Wenn die Nazis aber diese „guten“ Sozialdemokraten tatsächlich „toleriert“ hätten, so würden letztere 1939 Hitler ebenso in den II. Weltkrieg gefolgt sein, wie ihre Vorgänger dem Kaiser in den I. Weltkrieg. Sie hätten sich ja wie Winnig darauf berufen können, daß sie durch ihre Kriegsteilnahme die folgenden drohenden Gefahren von Deutschland absenden müßten:

„Im Westen der Rhein als die deutsch-französische Grenze, im Osten Verlust der Provinzen Preußen, Posen und Schlesien an Rußland. Das wäre die Vernichtung der deutschen Nation gewesen. Deutschland wäre als politische Macht ausgeschaltet und wirtschaftlich erdrosselt worden.“⁹¹

Die Frage der „Kriegsschuld“ und das Problem des „Aggressors“ hätte man ja 1939 genau so wie 1914 mit dem Argument erledigen können, das man in den sozialdemokratischen Broschüren zu Beginn des I. Weltkrieges findet: die Kriegsschuldfrage könne immer erst *nach* dem Kriege untersucht werden; wenn das eigene Haus brenne, müsse man erst retten und löschen helfen, und könne dann erst den Brandstifter suchen.⁹² Im Falle des Kriegsausbruches 1914 hatte allerdings die deutsche Sozialdemokratie schon kurz vorher den Brandstifter namhaft gemacht, indem sie den „Handstreich Österreichs gegen den

europäischen Frieden” angeprangert und der Parteivorstand am 25. Juli 1914 eine „frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung” festgestellt hatte – also prinzipiell dasselbe, was später die Geschichtsforschung ergeben hat.⁹³

Als der Krieg aber ausgebrochen war, vergaß der Parteivorstand seine eigenen Feststellungen über die am serbischen Konflikt Schuldigen, wiederholte bis zum Überdruß die Behauptungen der offiziellen Kriegspropaganda zur Schuldfrage und predigte die Landesverteidigung für die „gerechte Sache” Deutschlands. Immerhin forderte der Parteivorstand noch am 23. Juni 1915 einen „Frieden ohne Eroberungen”, folgte also damals keineswegs der von Winnig vorgeschlagenen Unterstützung der imperialistischen Politik. Das änderte sich aber bald. 1916 stellte der Reichstagsabgeordnete Max Cohen (Reuß) fest: wenn der Reichskanzler „Sicherungen” fordere, „die uns in Gegenwart und Zukunft vor neuen Angriffen schützen sollten”, dann befindet er sich in Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke. Damit wurden die „Annexionsbestrebungen” auch von mehrheitssozialdemokratischer Seite unterstützt, Eroberungsabsichten wurden nicht mehr grundsätzlich abgelehnt, nur aus einer Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse heraus könne man sich für oder gegen wirklich vorhandenen Eroberungsmöglichkeiten entscheiden, meinte Cohen-Reuß:

*„Denn auch die Eroberungen anderer Gebiete und die Aufsaugung fremder Völker kann unter Umständen ein wirtschaftlicher und geschichtlicher Fortschritt sein. Durchaus unrichtig aber wäre es, Eroberungen aus sozialistischen Grundsätzen von vornherein abzulehnen.”*⁹⁴

Mit diesen und anderen Bekenntnissen zur Annexionspolitik trat auch in der mehrheitssozialdemokratischen Kriegspropaganda ein Wandel ein: erst hatte man nur die „Landesverteidigung” von allem gegenüber dem „blutigen Zarismus” hervorgehoben; in dem Maße, in dem man „Sicherungen” guthieß und Eroberungen verteidigte, sah die Mehrheitssozialdemokratie ihren Hauptgegner nicht mehr in Rußland, sondern in England.

Wieder begegnen wir hierbei dem „deutschen Sozialdemokraten” Fendrich, der nicht nur Kriegsbücher „Gegen Frankreich und Albion” verfaßte, sondern auch „am Tage der Ernennung Hindenburgs zum Generalstabschef” (29. August 1916) eine Propagandabroschüre gegen England schrieb, das den „gierigen, roh zugreifenden Riesen Ruß-

land und das von Rachsucht und unbefriedigter Eitelkeit ganz irre gewordene Frankreich mit der kühlen Überlegenheit des Bändigers der ihm verbündeten Nationen führt, sie geistig beherrscht, finanziell hält, also der eigentliche und erste Feind ist.“ Auch Fendrich verlangt „greifbare Garantien“ gegen „ähnliche Einkesselungen“ Deutschlands in der Zukunft.⁹⁵

Schon Winnig hatte sich 1915 auf Paul Lensch berufen und zugegeben, sich manchen seiner Schlüsse zu eigen gemacht zu haben⁹⁶; und Lensch gehört auch zu den wenigen Auserwählten, die von einem späteren Vorläufer des Nationalsozialismus, Oswald Spengler, Ende 1919 zustimmend zitiert werden: mit den Syndikaten sei der deutsche Kapitalismus sozialistisch geworden.⁹⁷ Wie Plenge außerhalb der Sozialdemokratie, wenn auch mit ihr liiert, so ist Paul Lensch, innerhalb der MSPD der hervorragendste Ideologe des „Kriegssozialismus“ geworden. Wir müssen uns deshalb mit ihm hier etwas gründlicher beschäftigen. Wir heben natürlich, „einseitig“ wie bisher (weil das „Andere“ oft genug gesagt und gedruckt, das von uns hier Hervorgehobene meistens verschwiegen und vergessen wurde!), nur jene Linien seiner Gedanken hervor, die den Nationalsozialismus vorwegnehmen.

Lensch hebt richtig hervor – richtig dann, wenn man sich an das nie abgestoßene oder überwundene Lassalleanertum in der Sozialdemokratie hält –, daß die Bewilligung der Kriegskredite keineswegs zur bisherigen Einstellung der Sozialdemokratie in Widerspruch stehe, wobei er sich auf eine Schrift seines Fraktionskollegen David beruft. Dabei hatte Lensch einst mit Rühle und Liebknecht zu den 14 Abgeordneten gehört, die am 3. August 1914 in einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Kriegskredite verweigern wollten! Er verweist auf die moderne Entwicklung in der Wirtschaft, die ja zur Bildung von Syndikaten und Kartellen geführt habe, aus dem Bestreben heraus, „durch *Organisation* den Markt monopolartig zu beherrschen.“ Das Prinzip der Organisation sei aber auch schon das Lebensprinzip des alten preußischen Staates gewesen, es habe sich dann nur später auch auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausgedehnt. Auch der Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft habe sich im Zeichen des Organisationsprinzips vollzogen, und zwar schließlich „ohne die Blitze eines revolutionären Bürgerkrieges“, aber „unter

dem Donner eines revolutionären Weltkrieges.“ Die Sozialdemokratie habe eingesehen, daß „die gleiche Ursache, die aus Preußen ‘den Militärstaat‘ machte“, „ihn auch zum ‘Staat der Organisation‘ machte“ Insofern sei das Zusammenfinden von Staat und Arbeiterorganisation unausbleiblich gewesen. Infolge dieses Prozesses und unter dem Druck des Krieges sei zuerst im deutschen Kaiserreich „eine neue Zeit und mit ihr ein neues soziales Ideal“ heraufgezogen: „*die sozialisierte Gesellschaft. Ihr Degen aber ist Deutschland.*“ Es zwingt seine Revolution in den Gewittern des Weltkrieges den Europäern genau so auf, wie einst die große Französische Revolution. Die Mehrheitssozialdemokratie war also doch noch eine revolutionäre Partei, wenn sie auch die Führung dieser Weltrevolution der OHL bzw. dem deutschen Generalstab überließ! Und dies, obwohl der kaiserliche Staat in der höchsten nationalen Gefahr auf die Sozialdemokratie angewiesen war:

„Das war wiederum ein Zug jener tiefen Ironie, an der die Weltgeschichte so reich ist: Der *Sozialismus als Retter des Nationalismus!*“

Selbstverständlich erklärte Lensch auch „Schlagworte“ wie: „Keine Annektionen“, „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, „Allgemeine Abrüstung“ etc. für abstrakte, ungeschichtliche Forderungen.

Von besonderem Interesse sind die mehr in die Zukunft weisenden Äußerungen: die individualistischen Ideen von 1789 werden abgelehnt, weil „das Freiheitsideal des Sozialismus“ sich von dem des Individualismus nicht nur wesentlich unterscheidet, sondern umgekehrt „Disziplin und Organisation zur Voraussetzung“ habe. Keine Partei habe den Wert der Disziplin mehr betont, keine ihre Lockerung in den eigenen Reihen furchtbarer zu büßen gehabt als die deutsche Sozialdemokratie: „*Sie ist auf unverbrüchliche Haltung der Disziplin ebenso angewiesen, wie die Heeresleitung, und ihrer ganzen Natur nach könnte sie nie für eine Heeresorganisation eintreten, die eine Lockerung der Disziplin bedeuten würde.*“

Ja, es sei geradezu der „historische Beruf der Arbeiterklasse, den Vorkampf zu führen für die soziale Reorganisation der Armee“. Die Sozialdemokratie sei eben im Zeichen des aufgehenden Sozialismus der geschichtliche Träger der Reform, auch der militärischen, denn am 4. August 1914 sei sie zur „deutschen Zentralpartei“ geworden. Erst mit ihrem erwachenden „Staatsbewußtsein“ habe sie sich aus einer Agitationsgruppe in eine *politische* Partei gewandelt. Damit werde sie

auch wieder „zur Partei der *Intellektuellen*, nicht zuletzt auch die *Partei der Beamten und der Offiziere*“, und könnte nicht mehr ausschließlich die Partei des Industrieproletariats sein, wenn auch diese Klasse noch wie vor „ihre Kerntruppe“ bliebe. Am 4. August 1914 habe sich erstmalig die *Identität sozialistischer und nationalistischer Arbeit*“ entfaltet.⁹⁶

Stehen wir hier nicht vor einem besonders deutlich ausgedrückten mehrheitssozialdemokratischen Nationalsozialismus?

1916 erschien in Berlin ein weiteres Buch von Johannes Plenge über den deutschen Kriegssozialismus. Vor allem in diesem Werke hat der englische Professor F. A. Hayek einen wichtigen Vorläufer der nationalsozialistischen Ideologie erblickt: denn Plenge versuchte darin, dem Kriegssozialismus eine geschichtsphilosophische Begründung zu geben: dem Ideal der *Freiheit* von 1789 stellte er das Ideal der *Organisation* (für ihn mit dem „Sozialismus“ identisch) von 1914 gegenüber. Betrachten wir die „Ideen von 1914“ etwas näher:

1914 ist das „Wendejahr“ der „Idee der *Organisation* überhaupt“, denn in diesem Jahre erfolgte in vorbildlicher Weise die „freiwillige Eingliederung der großen wirtschaftlichen Organe in den Staat“, und dieser wurde damit „der alles vereinigende Mittelpunkt aller Glieder des Wirtschaftslebens“. Ganz so freiwillig scheint sich allerdings diese Entwicklung doch nicht vollzogen zu haben, denn erst unter der Not des Krieges, so schreibt Plenge später, „schlug die sozialistische Idee in das deutsche Wirtschaftsleben ein.“ Die neuen Ideen von 1914 entstanden also aus dem Drang zur Selbstbehauptung der deutschen Nation, und sie bestehen im wesentlichen aus der Idee „der deutschen *Organisation*“ und der „*Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus*.“ Die Ideen von 1914 sind nicht extrem, halten vielmehr den goldenen Mittelweg ein: „Sie sind weder rein staatssozialistisch, noch rein demokratisch. Sie stehen in der Spannung zwischen *Organisation* und *Individualismus*, *Beamtentum* und *Volksfreiheit*, zwischen einem System der *Menschenpflichten* und der *Menschenrechte*, immer auf der geschichtlichen Fahrt zwischen *Scylla* und *Charybdis*.“ Plenge sieht aber voraus, daß diese Seereise niemals mit völlig geradem Kurs vor sich gehen kann, sondern in wechselnden Abweichungen nach rechts und links, und daß sich auf dem Boden der Ideen von 1914 auch einmal eine Partei mit einem „Mehr der autoritären Orga-

nisation" bilden kann. Ihren Vorzug erblickt er trotzdem in der folgenden Verwandlung der bisherigen sozialistischen Idee:

„Aus einem verworrenen, an den *Anarchismus* anklingenden Programm einer demokratischen *Vergesellschaftung* der Produktionsmittel wird sie zu der straffen Zusammenfassung aller Kräfte des nationalen Produktionsorganismus mit einer zunehmenden Regelung des Verbrauchs, *bei der man nach dem Diktator ruft, weil man den Organisator braucht.*“

Diese Ideen von 1914, der deutschen Organisation, treten einen ebenso nachhaltigen Siegeszug über die Welt an, wie einst die Ideen von 1789, die sie ablösen werden, und zwar keineswegs mit friedlichen Mitteln. Im Jahre 1915 hatte Plenge bereits auf Napoleon I. angespielt, indem er schrieb: „Zum zweitenmal zieht ein *Kaiser* durch die Welt als der *Führer eines Volkes* mit dem ungeheuren weltbestürmenden Kraftgefühl der allerhöchsten Einheit.“ Die Idee der Organisation darf sich eben nicht darauf beschränken, nur im Inneren der Nationen zu siegen, sondern sie muß dies auch „im Aufbau des Staatensystems“ und des europäischen Gleichgewichts tun, also zum Prinzip der Neuordnung Europas werden:

„Es kommt aber darauf an, ob wir selber dabei führen, oder ob wir einer anderen Nation die Erbschaft unseres Geistes überlassen wollen.“

Plenge sieht „*in einem zertrümmerten Europa*“ ein neues Deutschland mit seinen neuen Ideen und seinen neuen geschichtlichen Aufgaben entstehen und „die starke Stütze eines aus dem Fugen geratenen Europas werden“ (1915). Schade nur, daß die neue Idee von 1914 im Grunde gar nicht neu ist, da ja die Aufgabe Plenges – wie er selbst zugibt – nur darin bestand und besteht, „das von einem ganzen Volk in der Stunde der geschichtlichen *Not* in ganzer Hingabe *Vollbrachte in die Idee zu erheben.*“⁹⁷

Hayek hat auf die gerade in diesem Buche feststellbare Beeinflussung Plenges durch H. G. Wells, in dem Plenge einen hervorragenden Vertreter des modernen Sozialismus sah, aufmerksam gemacht. Nun war Wells bekanntlich der große dritte Mann der englischen „Fabian Society“, und sein Lieblingstraum war der moderne Überstaat, den er sich noch 1933 nach dem von ihm für 1940 prophezeiten II. Weltkrieg als eine „sozialistische Welt-Diktatur der Wissenschaftler und

Techniker über den dezimierten Resten der Menschheit" vorstellte. Doch auch die beiden Webbs „waren ostentative Imperialisten", und der Franzose Halévy erinnert sich in seinem Buche: „L'Ère des Tyrannies" (Paris 1938) an die folgenden Äußerungen dieser Mitbegründer der Fabian Society: „Ich höre noch, wie Sidney Webb mir auseinandersetzte, daß die Zukunft den zentral verwalteten Großstaaten gehöre, die *durch Büros regiert* würden und in denen *die Ordnung von Gendarmen aufrechterhalten* würde."⁹⁸ Übrigens haben die Webbs auch vor Plenge das Aufkommen des Managementsystems vorausgesehen.

Plenge war auch Mitarbeiter der bereits erwähnten, von Parvus herausgegebenen und von Haenisch geleiteten Zeitschrift „Die Glocke“, in der sich letzterer zu der Notwendigkeit bekannt hatte, auf dem Boden des nationalen Staates und durch diesen den Sozialismus zu verwirklichen; hier veröffentlichte Plenge zuerst als Aufsatzreihe seine Gedanken über „Die Revolutionierung der Revolutionäre" (dann Leipzig 1918). An einem engen Kontakt Plenges mit „neu-lassalleanischen" Repräsentanten der Mehrheitssozialdemokratie und einigen späteren Programmatikern des rechten Flügels des Parteitagess der MSPD in Görlitz 1921 kann demnach nicht gezweifelt werden. Tatsächlich ist zu beobachten, daß die Gedanken von Plenge und Lensch vom einen zum anderen hin und herüber einwirken und von den kleineren Geistern dieses prä-nazistischen Braintrusts aufgegriffen und propagiert werden.

Wir schreiben hier nun keine Geschichte des I. Weltkrieges, sondern haben uns nur die Aufgabe gestellt, anhand der wichtigsten Schriften einiges zur Vorgeschichte der nationalsozialistischen Ideologie aufzuzeigen, soweit es sich auf dem geistigen Boden der mehrheitssozialdemokratischen „Kriegssozialisten" feststellen läßt. Wir dürften also eigentlich mit dem „Kaiser"- oder Kriegssozialismus unsere Studie bzw. unseren Literaturbericht abschließen. Trotzdem glauben wir, daß wir wenigstens noch einen Ausblick auf die Revolutionsperiode 1918/1919 und die ersten Nachkriegsjahre tun dürfen.

Plenge hat sich auch zu den durch die Novemberrevolution 1918 aufgeworfenen Problemen in seinem Sinne geäußert. Zunächst bezweifelte er, daß die Novemberbewegung 1918 eine „eigentliche wirtschaftliche Revolution gewesen" sei, da sie sich nicht gegen unsere Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus, gerichtet habe. Im Widerspruch

zu dieser Feststellung forderte Plenge, „die äußere Wiederherstellung des Kapitalismus“, dies müsse die wichtigste Sorge der am Ende des Weltkrieges durchgebrochenen sozialistischen Revolution sein! Bei dieser Wiederherstellung des Kapitalismus müßten „alle Lehren der Kriegsorganisation ausgenutzt werden.“ (Ein Jahr später wird der Sozialdemokrat Otto Neurath Arbeiter- und Soldatenräte sowie eine sozialistische Landesregierung mit seiner These belehren: „Was der *Militarismus* gelehrt hat, wird der *Sozialismus* vollbringen.“⁹⁹ Alle Kräfte sollten aufs äußerste angespannt werden, „damit die Organisation unserer Kriegswirtschaft erhalten bleibt“. Doch „zum Glück war die Organisation unserer Kriegswirtschaft schon eingespielt, so daß sie im wesentlichen nur erhalten zu werden braucht, und die Revolution selbst, namentlich die Matrosen- und Soldatenbewegung, war ... im wesentlichen ziellos und jedenfalls nicht imstande, die eingeschulte, große Arbeiterbewegung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei völlig zu verdrängen.“

Plenge sieht also nach wie vor in den Gewerkschaften und in der Mehrheitssozialdemokratie die Träger des „Kriegssozialismus“, des eigentlichen Sozialismus, der im Grunde nur in der „Organisation und Zusammenfassung der Kräfte“ bestehe. Dies habe sich wieder einmal in der Bewahrung der straffen Ordnung und Disziplin des deutschen Volkes und der deutschen Arbeitermassen gezeigt. Die Mehrheitssozialisten hätten die Revolution „mit ihren geordneten Reihen im wesentlichen aufgefangen“, weil nun einmal „gerade *die an unserem Militarismus geschulte Sozialdemokratie* ihre Bataillone in leidlicher Ordnung aufmarschieren lassen kann.“ Allerdings müsse die wirkliche und endgültige Mauseuerung der Mehrheitssozialdemokratie noch über den bisherigen Revisionismus und Reformismus hinaus bis zum „organisatorischen Sozialismus“ gehen.

Der Kern dieses Sozialismus bestehe in Ordnung und Pflicht, wofür sich Plenge auf ... Lenin beruft; für ihn gelten die organisatorischen Notwendigkeiten des Großbetriebes mit ihrer straffen Einheitlichkeit, wie sie auch von Lenin für die Leitung der großen Wirtschaftsbetriebe¹⁰⁰ anerkannt worden sei. Ja, Plenge akzeptiert sogar die Losung Trotzki: „Arbeit, Disziplin und Ordnung können die russische Sowjetrepublik retten!“ (Diese fand er in der „Frankfurter Zeitung“ vom 7. November 1918 als Anzeige der Schrift gleichen Titels.) „Selbst-

verständlich braucht“ dieser organisatorische Sozialismus „einen kräftigen Staat“. Dieser bestand damals – nach dem ersten Stoß der Revolution – zunächst in „*einer ganz undemokratischen Autokratie unserer Sozialdemokraten*“. Ein zweiter Stoß werde aber mit der Rückkehr des Frontheeres kommen, denn die Front sei das unschuldige Opfer der Revolution – womit wir vor einer milderen Version der berüchtigten Dolchstoßlegende stehen. Dieser zweite Stoß lasse sich jedoch in eine Bewegung verwandeln, welche die „Wiederkehr der Ordnung“ wesentlich stärke. Der dritte Stoß ergebe sich aus den Demobilisierungsschwierigkeiten; wegen der fehlenden Rohstoffe werde es bei der Wiedereingliederung des Heeres in die Arbeitsordnung Schwierigkeiten geben, die sich durch die beschleunigte Entlassung weiblicher Arbeitskräfte noch verstärkten.

Plenge trat deshalb für eine möglichst baldige Nationalversammlung ein, bis dahin sollte aber der immer noch legale Reichstag „einen Übergangsausschuß nach Art eines Kriegskabinetts“ bestimmen, der bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung an der Spitze des Deutschen Reiches stehe. Denn: „Wir brauchen in dieser schwierigen Übergangszeit auf einem vom ganzen Volke anerkannten Boden in Form rechtens die Gewalt der *Diktatur*.“

Eine solche geordnete Gewalt müsse *vor* der Nationalversammlung da sein und für die Wirtschaft des Volkes und seine Arbeit sorgen. Doch erklärt Plenge den Parlamentarismus in Deutschland als „eigentlich von vornherein unmöglich.“ Daher solle auch ein neugewählter Reichstag die ganze Verwaltungsarbeit einem „Reichsausschuß“ übertragen, der gewissermaßen den „Aufsichtsrat“ der „sozialen Demokratie“ darstelle. Die Minister sollen nicht nur aus dem Parlament, sondern aus allen irgend geeigneten Kreisen ausgewählt werden, sozusagen als „Verwalter der Demokratie“. Der Kanzler verkörpere dann gewissermaßen den „Generaldirektor“, seine Minister wären quasi seine Mitdirektoren. Wir stehen hiermit vor der echten politischen Spitze einer „direktorialen Gesellschaft“, wie der französische Marxist Maximilien Rubel das Managerregime bezeichnet.¹⁰¹

Aber es ist ja noch gar nicht die Spitze des Staates! Plenge schlägt allen Ernstes vor, in die kommende (Weimarer) Verfassung „die *Krone* einzugliedern“. Der Reichsausschuß brauche einen Vorsitzenden, gewissermaßen einen „Verwaltungskaiser“, eine Ausgestaltung des

Königtums, das auch als „Wahlkönigtum“ gedacht und versuchsweise über eine „Regentschaft“ eingeführt werden könnte.¹⁰²

Die Gedanken Plenges und die anderer Staatssozialisten außerhalb und innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie haben nicht nur auf die bisherigen grundsätzlichen Anhänger einer planwirtschaftlichen Gesellschaft kräftig eingewirkt, sondern infolge der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Kaiserreiches auch in gewissen Kreisen der Beamten-schaft Anklang gefunden. Ja, manche Formen der Kriegswirtschaft wurden sogar zum Vorbild der sozialistischen Projekte und der Sozialisierungskommission in der Epoche 1918/1919. Es war daher kein Zufall, daß Rudolf Wissel zum Mitarbeiter an seinen Sozialisierungsideen ausgerechnet den Initiator der Kriegs-Rohstoff-Organisation, Wichard von Moellendorff, heranzog.¹⁰³

Die Nachwirkung der kriegssozialistischen Ideen von 1914 läßt sich auch noch deutlich in den Debatten auf dem Görlitzer Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie (1921) verfolgen, obwohl das auf ihm beschlossene Programm Konzessionen nach links, an die Adresse der USPD, machte. Ludwig Quessel erklärte, daß auf diesem Parteitag Jean Jaurès, der auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam (1904) für das Hineingehen in den Staat gegenüber Bebels Staatsverneinung auf dem Dresdner Parteitag (1903) eingetreten war, über August Bebel gesiegt habe.¹⁰⁴

Die Mehrheitssozialdemokratie erklärte offiziell, daß sie auf dem „Umwege“ über den von ihr anerkannten Staat zum Sozialismus kommen wolle; also mit den legalen Mitteln der parlamentarisch-demokratischen Republik, deren Form seit 1891 ebenfalls von der Bebel-schen Sozialdemokratie als „Bourgeois-Staat“ unter die grundsätzliche Staatsverneinung gefallen war. Dabei waren sich die führenden mehrheitssozialdemokratischen Ideologen vollkommen klar darüber, daß der I. Weltkrieg den Staatsgedanken „bis in seine Wurzeln hinein erschüttert“ hätte. Friedrich Stampfer z. B. führte aus:

„Der Weltkrieg war in allen Ländern die Omnipotenz, die Allmacht des Staates; der Mensch war nichts mehr, der Staat war alles. Der Staat nahm die Menschen in die Hand und schleuderte sie gegen feindliche Tanks und Maschinengewehre; der Staat erteilte Aufträge, der Staat bezahlte, der Staat regulierte die Kriegswirtschaft. Er schnitt jedem sein Brot zu, er kontrollierte die öffentliche Meinung. Dieser Über-

spannung des Staatsgedankens ist notwendigerweise eine ruckartige Entspannung und Erschlaffung gefolgt.“

Damit bestand die Gefahr, daß mit dem Sturz des Kaisertums auch der Staat selbst zusammenbrach. Daß dies nicht geschah, sondern daß der Staat in der neuen Form der demokratisch-parlamentarischen Republik fortbestehen konnte, dies sei wesentlich das Verdienst der Mehrheitssozialdemokratie gewesen:

„Durch die Republik hat die Sozialdemokratie dem Volke *sein höchstes Gut, den Staat gerettet*; denn wo kein Staat ist, da ist Anarchie. (Sehr richtig!) Wo Anarchie ist, da kann wohl Kapitalismus gedeihen, aber niemals Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich sage: Republik und Sozialismus, Republik und Sozialdemokratie gehören zusammen, dann heißt das auf die heutigen Verhältnisse angewandt genau so viel, als wenn ich sage: *Staat und Sozialismus*, Staat und Sozialdemokratie *gehören zusammen*.“¹⁰⁵

Das war also weniger der Sieg von Jaurès über Bebel, es war vor allem der Sieg von Ferdinand Lassalle über Marx und Engels! Es ist an dieser Stelle nicht angebracht, eine Kritik dieser Ausführungen Friedrich Stampfers und der Görlitzer Illusion überhaupt zu beginnen. Eines verdichtet sich mir jedenfalls zu immer stärkerer Gewißheit: hätte Sinowjew nicht die USPD gespalten, so daß der linke Flügel in die KPD ging, und der rechte in die SPD heimkehrte, dann wäre wohl die Mehrheitssozialdemokratie einen politischen Weg weitergegangen, der dem Nationalsozialismus kaum noch etwas übrig gelassen haben würde. So hielten die zurückkehrenden USPD-Genossen den in Görlitz programmatisch bestimmten Kurs auf, der die Mehrheitssozialdemokratie mit jener Funktion belastet hätte, welche die NSDAP nach 1925 immer bewußter auf sich nahm, seit dem Jahre also, in dem das neue Heidelberger Programm (als Kompromiß zwischen dem Erfurter und Görlitzer!) die Mehrheitssozialdemokratie daran hinderte, allzu offen und allzu bald nationalsozialistisch zu werden. Die sozialen Kräfte, die bis dahin ihre Hoffnungen auf die MSPD gesetzt hatten, mußten sich ab 1925 nach einer anderen Massenbasis umsehen bzw. eine solche finanzieren und organisieren. *Der deutsche Nationalsozialismus entstand also 1914* und zu einem wesentlichen Teile innerhalb der rechten Sozialdemokratie, und er endete hier bald nach dem Görlitzer Programm von 1921, um auf einer anderen Grundlage teils consequen-

ter, teils variiert fortentwickelt zu werden. Diese Weiterentwicklung haben wir hier nicht mehr zu verfolgen.